



Interview von Uwe-Karsten Heye mit Tagesschau online zu „Hoyerswerda – 20 Jahre danach“ vom 16.09.2011

Neonazis randalieren, Anwohner applaudieren, der Staat kapituliert vor dem Mob. Welche Erinnerung haben Sie an die rassistischen Ausschreitungen vor 20 Jahren in Hoyerswerda?

Die besondere Überraschung war damals ja, dass ausgerechnet auf dem Territorium der Ex-DDR der militante Rechtsextremismus mit diesem Hass und dieser Brutalität ausbrach. Das kam für viele doch unvermittelt. Man hatte – vielleicht zu optimistisch - ganz andere Probleme bei der Vereinigung erwartet. Die DDR hatte sich antifaschistisch genannt, doch es zeigte sich, dass es einen Fundus von rechtsextremistischen Einstellungen gab – auch bei Jugendlichen.

Was war ausschlaggebend für die Diskrepanz zwischen offiziellem Antifaschismus und verbreiteten rassistischen Einstellungen?

Der internationale Austausch, der im Westen ab den 1960er-Jahren selbstverständlich wurde, fehlte in der DDR. Es gab vietnamesische Arbeitskräfte, die allerdings – wie wir heute wissen – systematisch aus dem Alltag der DDR ausgesperrt waren. Dort herrschte das schiere Gegenteil von Integration: planmäßige Aussperrung. Im Westen gab es dagegen doch eine langsame Gewöhnung daran, dass die Menschheit eben nicht nur aus deutschsprachigen, blonden und blauäugigen Menschen besteht. In der DDR hingegen wurden Hymnen gesungen, doch die Wirklichkeit war sehr abgeschirmt und von Mauern eingengt.

Welche Rolle spielten westdeutsche Rechtsextreme?

Die Rekrutierung dieses Potenzials in der Ex-DDR geschah durch Sumpfbüten aus dem rechtsextremen Spektrum Westdeutschlands, also NPD, DVU usw. Wir hatten es immer mit einem gesamtdeutschen Problem zu tun.

Nachdem die Bilder aus Hoyerswerda über die Bildschirme flimmerten - wie waren die Reaktionen im fernen Bonn und in der Gesellschaft?

Verblüfft und überrascht. Die Dimension des Problems wurde nicht wahrgenommen. Ich hatte den Eindruck, dass sich erst zehn Jahre später so etwas wie eine Widerständigkeit in der Zivilgesellschaft entwickelt hat. Erst nach dem Wechsel von Bonn nach Berlin wurde erkannt, dass es eine Art Normalität von rechtsextremistischem Denken und rechtsextremer Gewalt gibt - und dass man dagegenhalten muss.

Anfang der 1990er-Jahre war die „Asyl-Debatte“ ein populäres Thema. Welche Rolle spielten die Medien bei der rassistischen Gewaltwelle?

Die Asyldebatte hat sicher eine Rolle gespielt. Sie hat eine bestimmte Haltung befeuert, es wurde hingenommen, dass Einwanderer nur als Eindringlinge galten, die gekommen waren das



Sozialsystem auszunutzen. Und wenn der CSU-Vorsitzende und Ministerpräsident von Bayern heute noch sagt, wir sind nicht das Sozialamt der Welt, dann befördert das weiter dieses vergiftende Denken. Teile der CSU und auch Teile der CDU sollten es unterlassen, sich aus dem Arsenal rechtslastiger Propaganda zu bedienen.

Vor fünf Jahren sorgten Sie für bundesweite Schlagzeilen, als Sie warnten, es „gibt kleine und mittlere Städte in Brandenburg und anderswo, wo ich keinem, der eine andere Hautfarbe hat, raten würde, hinzugehen“. Gibt es solche No-Go-Areas noch immer?

Ja, das gibt es noch, natürlich. Die Gewaltbereitschaft von Rechts hat eine breite und sehr blutige Spur in Deutschland hinterlassen. Wir haben seit der Wende 147 Todesopfer rechtsextremer Gewalt in Deutschland. Umso befremdlicher erscheint mir der Versuch der Bundesregierung, nicht genauer hinschauen zu wollen. Stattdessen wird versucht, den Linksextremismus neu zu entdecken. Brennende Autos in Berlin sind eine Herausforderung für die Polizei, aber sicher nicht geeignet, als Beleg für eine gewachsene Gefahr von links herzuhalten. Die Bundesregierung behauptet, Rechts- Links- und islamistischer Extremismus sei alles eine Soße. Das ist Unsinn. Die Gefahr von rechtsextremen Gewalttätern ist nach wie vor da.

Haben die 2001 aufgelegten Programme für Demokratie und gegen Rechtsextremismus also versagt?

Die Frage ist: Was wäre ohne den zivilgesellschaftlichen Widerstand der vielen Initiativen - einschließlich des Vereins "Gesicht Zeigen!", den ich gegründet habe? Es war wichtig, die Gesellschaft und die Menschen, die aus den Weltkriegen und der NS-Zeit lernen wollten, noch einmal zu wecken und zu sagen, das Problem ist nie ganz erledigt. Jede Generation muss sich erneut die Frage beantworten, wie human die Gesellschaft sein soll, in der sie lebt. Es gibt nach wie vor gesellschaftliche Haltungen gibt, die sehr fremdenfeindlich sind. Da sind wir noch weit entfernt von einem toleranten Land.

Was hat sich in den vergangenen 20 Jahren verbessert?

Mittlerweile haben wir sehr fundierte Untersuchungen, was und wie Rechtsextremismus sich entwickelt. Doch die Studien bringen erschreckende Ergebnisse. Immerhin werden diese mittlerweile zur Kenntnis genommen. Die Gesellschaft ist insgesamt aufmerksamer geworden.

Wir sprachen über die Initiativen gegen Rechtsextremismus – diese müssen nun eine Demokratieerklärung unterzeichnen, wenn sie Fördergeld erhalten wollen. Wie kommt das bei Bürgern an, die sich seit Jahren für Demokratie engagieren und mutig Neonazis entgentreten?

Das ist eine Form der Zurückweisung von bürgerschaftlichem Engagement für die Demokratie, die mich konsterniert und die für mich völlig unverständlich ist. Da werden Menschen, die sich für eine tolerante und friedliche Gesellschaft engagieren, mit Misstrauen überzogen, sie sollen eine Art Gesinnungs-TÜV ablegen. Aber dabei bleibt es nicht. Jedes Projekt, das wir dem



Bundesfamilienministerium gegen Rechtsextremismus oder Rassismus vorschlagen, müssen wir mit 50 Prozent gegenfinanzieren. Das gilt auch für Projekte gegen Antisemitismus. Jedes Projekt, das gegen Linksextremismus angemeldet wird, muss dagegen nur zehn Prozent Eigenmittel aufbringen. Ungerecht und unverständlich, ich kann das nur wiederholen. So kann man Engagement im Keim ersticken. Nun kann man abwarten, bis die Projekte gegen Rechtsextremismus nicht mehr abgerufen werden, weil die Träger die Gegenfinanzierung nicht mehr stemmen können. Die Projekte gegen Linksextremismus hingegen werden alle abgefordert. Dann kann man sich ausrechnen, wie lange es noch Projektmittel geben wird, um Initiativen wie die unsere für Toleranz und gegen Gewalt und Rechtsextremismus zu finanzieren.

Warum tut die Bundesregierung das?

Ich fürchte, das sind ideologische Positionen. Ideologie und Wirklichkeit passen nicht immer zueinander - und dann muss sich die Wirklichkeit an die Ideologie anpassen - und so ist das hier auch.

20 Jahre nach Hoyerswerda – was muss getan werden, damit so etwas nicht wieder geschehen kann?

Wir müssen hinsehen, vor allem in die ländlichen Räume. Die NPD will sich dort festkrallen, sie trifft dort oft auf fast keine Gegenöffentlichkeit. Viele Kommunen und Bundesländer sind bei dieser Auseinandersetzung materiell überfordert, aber wir müssen diese Regionen demokratisch und kulturell zurück erobern. Das muss auch über Bundesmittel finanziert werden, das kann man nicht Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern überlassen. Wir brauchen einen nationalen Plan, der alle mit einbezieht, Kulturschaffende, Parteien, Wirtschaft. Dann haben wir eine gute Chance, dieses Land vom Rechtsextremismus zu befreien. Und: Wenn die Unterfinanzierung in der Bildung behoben würde, wäre ein riesiger Schritt getan.

Bildung ist für Sie also der Schlüssel zum Erfolg?

Wir brauchen eine Freiheit zur Bildung, die wir zurzeit nicht haben, weil eine soziale Selektion stattfindet. Bildung ist nicht alles, aber ohne Bildung ist alles nichts. Alle Bemühungen und Initiativen gegen Rechtsextremismus sind nichts wert, wenn wir an dieser Stelle nicht eine Chancengleichheit erreichen und Menschen so in die Lage versetzen, Zusammenhänge zu erkennen – und nicht aus Unwissenheit in die falsche Richtung zu marschieren.

Das Interview führte Patrick Gensing, tagesschau.de